



Russland-Ukraine-Krieg: Forderungen der SP Schweiz

verabschiedet am 1. März 2022 von der SP-Bundeshausfraktion

Die Invasion des russischen Präsidenten Wladimir Putin in der Ukraine markiert eine Zeitenwende. Diese hat zwar nicht mit der jetzigen Eskalation des Krieges begonnen, aber sie wird dadurch unumkehrbar – ihre Folgen sind jedoch noch nicht vollständig und in ihrer ganzen Reichweite absehbar. Die SP Schweiz hält unmissverständlich fest, dass für die aktuelle Eskalation des Krieges die Verantwortung bei Putin und seinem Regime liegt. Es gibt für den militärischen Übergriff Putins auf die Ukraine keine Rechtfertigung.

Mitunterstützt wurde der russische Krieg in der Ukraine von Banken und Finanzinstituten in der Schweiz. Dass der Schweizer Finanzplatz zur Drehscheibe für dubiose Geschäfte russischer Oligarchen geworden ist, verantwortet die rechte Mehrheit in Bundesbern. Es ist ihre verantwortungslose Politik, die in der beschämend langen Periode des Zuwartens der vollständigen Übernahme der EU-Sanktionen gipfelte. Die Auswirkungen dieses tagelangen Zauderns könnten fatal sein. Es ist bereits jetzt klar, dass das Nichtstun dazu geführt hat, dass die Oligarchen ihr Geld verschieben und verstecken konnten und so das Regime weiterhin stützen.

Für die SP ist darum klar: Der Bundesrat muss sofort dafür sorgen, dass dubiose Rohstoffkonzerne mit Sitz in der Schweiz den russischen Angriffskrieg nicht länger finanzieren. Es ist skandalös: Die Wirtschaftsanwälte von FDP und SVP bislang alle Versuche gezielt abgeblockt, den weltgrössten Handelsplatz für russisches Öl und Gas zu regulieren und kontrollieren. Die SP verlangt vom Bundesrat Antworten, wie er sofort sicherstellt, dass der Krieg in der Ukraine nicht weiter über die Schweiz finanziert wird. FDP und SVP müssen sofort aufzuhören, sich schützend vor russische Rohstoffkonzerne zu stellen.

Vor diesem Hintergrund stellt die SP Schweiz folgende Forderungen:

- 1) **Ab sofort die lückenlose Übernahme und Durchsetzung aktueller und künftiger wirtschaftlicher und diplomatischer Sanktionen der EU gegen das Putin-Regime.** In besonders exponierten Bereichen muss die Schweiz autonom weitere Sanktionen ergreifen. Dies betrifft insbesondere Aufenthaltsrechte und Besitztümer kremlnaher Oligarchen in der Schweiz sowie den Bereich des Rohstoffhandels. Allfällige Rückwirkungen dieser Massnahmen auf die Schweizer und die russische Bevölkerung müssen bestmöglich abgedeckt werden.
- 2) **Totale zivilgesellschaftliche, wirtschaftliche, sportliche, kulturelle und politische Isolation kremlnaher Organisationen und Einzelpersonen.** Dies betrifft auch jene

Organisationen und Einzelpersonen, die sich nicht öffentlich gegen den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine ausgesprochen haben.

- 3) **Schnelle und grosszügige Leistung humanitärer Hilfe durch die Schweiz.** Der Bundesrat muss schnell und unkompliziert Hilfsgüter in die Ukraine und die umliegenden Länder liefern, sofern Bedarf besteht. Die SP wird im Parlament einen Nachtragskredit zugunsten der Ukraine verlangen. Wir ermutigen die Zivilgesellschaft ausserdem zu privatem humanitärem Engagement. Mitglieder und Sympathisant:innen der SP Schweiz haben innert kürzester Zeit über 350'000 Franken für [Hilfsleistungen](#) des Hilfswerks Solidar Suisse gespendet, zu deren Trägerorganisationen die SP gehört.
- 4) **Sofortige und vollständige Übernahme der Beschlüsse der EU bezüglich der Aufnahme von Kriegsflüchtlingen aus der Ukraine.** Flüchtlinge müssen unbürokratisch und schnell in die Schweiz einreisen können. Die Erstankunftsländer sind beim Empfang von Flüchtlingen zu unterstützen. Es ist uns bewusst, dass es sich je nach Dauer und Härte des Krieges um mehrere Zehntausende oder gar Hunderttausende von Menschen handeln wird. Die Schweiz ist dafür bereit.
- 5) **Umfassendes Engagement der Schweiz für Friedensverhandlungen und einen sofortigen Waffenstillstand.** Die Schweiz muss ihre Guten Dienste in Koordination mit der Europäischen Union den Konfliktparteien proaktiv anbieten und sich in allen multilateralen Gremien für einen sofortigen Waffenstillstand und echte Friedensverhandlungen einsetzen.
- 6) **Um den Krieg des Putin-Regimes nicht mitzufinanzieren und zugleich die Versorgungssicherheit zu garantieren, hat für die SP Schweiz der schnelle Ausstieg aus der Abhängigkeit von fossilen Energien Priorität.** Ziel ist es, den Energiebedarf im Inland mit eigenen erneuerbaren Energien zu decken. Dafür müssen jetzt möglichst rasch Entscheide getroffen und die Mittel bereitgestellt werden, welche die schnellstmögliche und dauerhafte Unabhängigkeit von Gaslieferungen von autoritären Regimen garantieren.
- 7) **Unterstützung der starken russischen Antikriegsbewegung und der gesamten Friedensbewegung in der Schweiz und Europa.** Die SP Schweiz fordert von der schweizerischen Diplomatie, dass sie sich für die Menschenrechte und insbesondere die Meinungs- und Versammlungsfreiheit der russischen Bevölkerung einsetzt und die Frauen und Männer unterstützt, die sich für die Verteidigung der Menschenrechte einsetzen.
- 8) **Der Einsitz der Schweiz im UNO-Sicherheitsrat ist vor dem Hintergrund der aktuellen Situation eine Sache nationaler Dringlichkeit und muss mit höchster**

Priorität vorangetrieben werden. Der Bundesrat muss dafür sorgen, dass die Schweiz ihre Amtszeit nutzt, um die Rolle der UNO in der globalen Sicherheitspolitik und bei der Wahrung des Völkerrechts zu stärken.

- 9) **Angesicht der unverhohlenen Drohung des Putin-Regimes, in Zukunft auch den Einsatz atomarer Waffen zu prüfen, ist das Abseitsstehen der Schweiz beim Atomwaffensperrvertrag nicht mehr tragbar.** Die SP Schweiz fordert den Bundesrat und insbesondere den Aussenminister auf, die Blockadehaltung aufzugeben und dem klaren Willen des Parlaments endlich Folge zu leisten.
- 10) **Mittel- und langfristige Stärkung von multilateralen Organisationen.** Gerade für kleinere Staaten wie die Schweiz und die Ukraine kann Sicherheit langfristig nicht durch den Machtausbau von klassischen Militärallianzen, sondern nur durch eine Stärkung der Rolle der UNO und des «Gemeinsamen Hauses Europa» (KSZE Konferenz 1975) gewährleistet werden. Die OSZE, die auf dem Konzept der kollektiven Sicherheit anstatt der Blockbildung beruht, muss gestärkt werden. Es ist zudem klar, dass in diesem Zusammenhang die Bedeutung der Europäischen Union und einer gemeinsamen, europäischen Friedens- und Sicherheitsarchitektur an Bedeutung gewinnen muss.
- 11) **Stärkung der institutionalisierten Zusammenarbeit bei der internationalen Friedenssicherung.** Die Kooperation mit den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union in den Bereichen der internationalen Zusammenarbeit, der humanitären Hilfe und des Katastrophenschutzes muss ausgebaut werden.
- 12) **Aufarbeitung der offensichtlich lückenhaften Vorbereitung auf mögliche Szenarien durch die zuständige politische Führung** in den verantwortlichen Departementen WBF und EFD durch die Geschäftsprüfungskommission. Dies beinhaltet auch eine Untersuchung, welche Rolle die Schweiz in den vergangenen Jahren als Plattform für die Oligarchen des Putin-Regimes gespielt hat und wie sich das zögerliche Handeln des Gesamtbundesrats in den letzten Tagen auf die Geschäfte und Transaktionen von russischen Oligarchen ausgewirkt hat.
- 13) **Die Schweiz muss die ukrainischen und internationalen Bemühungen unterstützen, um die mutmasslichen Kriegsverbrechen Russlands zu dokumentieren und vor dem Internationalen Strafgerichtshof (ICC) und dem Internationalen Gerichtshof (IGH) in Den Haag zur Anklage zu bringen.** Sie kann dazu beispielsweise die Expertise der Direktion für Völkerrecht und der Abteilung Völkerstrafrecht der Bundesanwaltschaft zur Verfügung stellen.
- 14) **Unverzögliche Überarbeitung des überholten Embargo-Gesetzes.** Dieses beruht auf einem überholten Verständnis der Neutralitätspolitik und wird offensichtlich den

Anforderungen der Zeit nicht gerecht. Dazu hat die SP bereits einen Vorstoss eingereicht, vgl. Pa. Iv. [19.501](#).

- 15) **Schaffung einer Aufsichtsbehörde im Bereich Rohstoffhandel:** Zusätzlich zur Übernahme der EU-Sanktionen gegen Russland, muss die Schweiz als weltgrösster Handelsplatz für russisches Öl und Gas seine Verantwortung wahrnehmen und den Rohstoffhandel regulieren. Deshalb braucht es nun endlich eine Aufsichtsbehörde, die diesem Hochrisikosektor auf die Finger schaut.

- 16) **Untersuchung zum Einfluss kremelnahe Organisationen und Personen auf die Meinungsbildung in der Schweiz.** Dies insbesondere im Bereich des Sports, der Kultur, der Medien und Social Media sowie der Finanzierung von politischen Organisationen, politischem Lobbyismus, Parteien und politischen Stiftungen. Der Schutz vor russischen Manipulations- und Desinformationskampagnen geht mit einer Stärkung der Cyber-Abwehrfähigkeiten der Schweiz einher.